



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. bis 15. März 2018 in Straßburg

EU-Haushalt für die Zeit nach 2020 muss alten und neuen Herausforderungen gerecht werden

Mehr für Forschung, junge Menschen und KMU: Die Prioritäten der Abgeordneten für den nächsten langfristigen EU-Haushalt sind klar. Die Verhandlungsposition des Parlaments für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 steht am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung.

5

Parlament will Vision für die Zeit nach dem Brexit darlegen

Am Mittwoch legt das Parlament seinen Standpunkt zu einem möglichen Rahmen für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit fest. Eine entsprechende Entschließung steht am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung, also noch vor dem EU27-Gipfel am 22. und 23. März.

7

EU- Körperschaftsteuer: Einbeziehung digitaler Unternehmen, Vermeidung von Hinterziehung

Um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Steuerbemessungsgrundlage in Niedrigsteuergelände verlagern, werden die Abgeordneten am Donnerstag über eine grundlegende Überarbeitung des Systems der EU-Unternehmensbesteuerung abstimmen.

9

Slowakei: Sicherheit von Journalisten und Verwendung von EU-Geldern

Nach der Ermordung des Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová stehen am Dienstag die Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalisten in der EU im Mittelpunkt einer Plenardebatte.

10

Plenardebatte mit portugiesischem Premier Costa über die Zukunft Europas

Der portugiesische Premierminister António Costa ist der dritte EU-Regierungschef, der am Mittwochmorgen mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.

11

US-Handelsbeschränkungen und Schutz von Arbeitsplätzen und Unternehmen in der EU

Die zusätzlichen US-Zölle auf importierten Stahl und Aluminium sowie die Antwort der EU stehen am Mittwoch im Zentrum einer Plenardebatte mit EU-Handelskommissarin

Cecilia Malmström. 12

Beförderung von Martin Selmayr zum Generalsekretär der EU-Kommission

Nach der Ernennung des deutschen EU-Beamten Martin Selmayr zum Generalsekretär der Europäischen Kommission werden die Abgeordneten am Montagnachmittag die Integritätspolitik der Behörde erörtern. 13

Ärmste Regionen der EU: "Ehrgeizige" Finanzierung, maßgeschneiderte Strategien

Projekte, die den Zusammenhalt zwischen den EU-Regionen stärken, müssen eine Priorität bleiben und angemessen finanziert werden, trotz des Drucks auf den EU-Haushalt. So steht es im Entwurf einer Entschließung, die am Donnerstag zur Abstimmung steht. 14

Syrien: Assads Regime soll Massaker in Ghuta einstellen, fordern Abgeordnete

Das Assad-Regime und seine Verbündeten müssen aufhören, Zivilisten in Ghuta zu beschließen, die UN-Waffenstillstandsresolution einhalten und humanitäre Hilfe zulassen. Dies fordern die Abgeordneten in einer Entschließung, über die am Donnerstag abgestimmt wird. 16

Transparenz der Preise bei grenzüberschreitender Paketzustellung

Verbraucher und Unternehmen sollen die Preise für die Zustellung eines Pakets in ein anderes EU-Land oder aus einem anderen EU-Land vergleichen können. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, der am Dienstag zur Abstimmung steht. 17

EU-Unterstützung: 2,1 Mio. Euro für entlassene Reifenarbeiter in Deutschland

Das Parlament stimmt am Mittwoch über Maßnahmen im Wert von 2.165.231 Euro aus dem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ab, um 646 ehemaligen Mitarbeitern des Reifenherstellers Goodyear in Deutschland bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu helfen. 18

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 20

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2018-03-12>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[EPRS-Plenar-Podcasts zu zentralen Themen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press officer

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press officer

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

EU-Haushalt für die Zeit nach 2020 muss alten und neuen Herausforderungen gerecht werden

Mehr für Forschung, junge Menschen und KMU: Die Prioritäten der Abgeordneten für den nächsten langfristigen EU-Haushalt sind klar. Die Verhandlungsposition des Parlaments für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 steht am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung.

Der nächste [mehrjährige Finanzrahmen](#) (MFR) sollte weiterhin die Landwirtschafts- und Regionalpolitik unterstützen, aber auch neue Prioritäten wie Sicherheit, Verteidigung oder Migration finanzieren und etwaige Defizite nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs ausgleichen, heißt es in dem [Text](#).

Um in Kraft treten zu können, bedarf der neue Haushalt der Zustimmung des Parlaments. Die Abgeordneten warnen, dass „keine Einigung über den MFR ohne einen entsprechenden Fortschritt bei den Eigenmitteln erreicht wird“ – also auf der Einnahmenseite des EU-Haushalts. Ausgaben und Einnahmen sollten daher als ein einziges Paket behandelt werden.

Einnahmen

Neben der MFR-Resolution wird das Parlament über eine [Entschließung](#) abstimmen, in der die Beibehaltung der [bestehenden Eigenmittel](#) und die schrittweise Einführung neuer Eigenmittel befürwortet wird, wie z.B. eine Steuer auf Finanzdienstleistungen, ein Steueranteil von Unternehmen im digitalen Sektor oder Umweltsteuern. Die BNE-basierten Direktbeiträge der EU-Mitgliedstaaten sollten entsprechend reduziert werden.

Weitere Einzelheiten zu diesen Entwürfen finden Sie in [dieser Pressemitteilung](#) (auf Englisch).

Hintergrundinformationen

- Mehr als 94% des EU-Haushaltes kommen den Bürgerinnen und Bürgern, Regionen, Kommunen, Landwirten und Unternehmen zugute. Die Verwaltungsausgaben der EU machen weniger als 6 % des EU-Haushaltes aus; etwa die Hälfte dieser 6 % entfällt auf Löhne und Gehälter (Quelle: EU-Kommission)
- Eine Umfrage zeigt, dass die Europäer von der EU Lösungen erwarten. Die meisten Umfrageteilnehmer sind der Ansicht, dass die EU in einem breiten Spektrum von Politikbereichen - von Sicherheit über Migration bis hin zu Wirtschafts- und Sozialpolitik - stärker tätig werden könne und solle, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen (Quelle: Eurobarometer)

Die nächsten Schritte

Die beiden Standpunkte stellen den Beitrag des Parlaments zu den Legislativvorschlägen der Kommission dar, die am 2. Mai 2018 vorgelegt werden sollen.

Sie fordern, dass die Gespräche zwischen dem Parlament, der EU-Kommission und dem Rat unverzüglich aufgenommen werden, um zu versuchen, noch vor den Europawahlen 2019 eine Einigung zu erzielen.

Debatte: Dienstag, den 13. März

Abstimmung: Mittwoch, den 14. März

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

Pressekonferenz: Mittwoch, den 14. März um 14:00 Uhr

#EUBudget #MFF

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf zum nächsten MFR](#)

[Entschließungsentwurf zur Reform der EU-Eigenmittel](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.02.2018\)](#)

[Berichtersteller Jan Olbrycht \(EVP, PL\) – MFF](#)

[Berichterstellerin Isabelle Thomas \(S&D, FR\) – MFF](#)

[Berichtersteller Janusz Lewandowski \(EVP, PL\) – Eigenmittel](#)

[Berichtersteller Gérard Deprez \(ALDE, BE\) – Eigenmittel](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(MFF\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Eigenmittel\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "The European Council and the Multiannual Financial Framework" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "The EU's next long-term budget \[What Think Tanks are thinking\]" \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Parlament will Vision für die Zeit nach dem Brexit darlegen

Am Mittwoch legt das Parlament seinen Standpunkt zu einem möglichen Rahmen für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit fest. Eine entsprechende Entschließung steht am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung, also noch vor dem EU27-Gipfel am 22. und 23. März.

In dem von der [Brexit-Lenkungsgruppe](#) des Europäischen Parlaments ausgearbeiteten und von der Konferenz der Präsidenten (Präsident und Fraktionsvorsitzende) gebilligten Entschließungsentwurf wird vorgeschlagen, dass ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einen geeigneten Rahmen für die künftigen Beziehungen bieten könnte.

In dem Text wird ferner betont, dass die EU über verbindliche gemeinsame Regeln, gemeinsame Institutionen und gemeinsame Aufsichts-, Durchsetzungs- und Rechtsprechungsmechanismen verfügt, womit klargestellt werden soll, dass selbst eng mit der EU verbundene Drittländer mit identischen Rechtsvorschriften nicht die gleichen Vorteile oder einen ähnlichen Marktzugang genießen können wie die EU-Mitgliedstaaten.

Es wird erwartet, dass die Staats- und Regierungschefs der EU die Leitlinien des Rates für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU auf dem März-Gipfel annehmen werden. In der Debatte werden die Abgeordneten auch andere Themen der Tagesordnung des EU-Gipfels erörtern, wie z.B. Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit, Steuern und Außenbeziehungen der EU.

Debatte: Dienstag, den 14. März

Abstimmung: Mittwoch, den 15. März

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte und Entschließung

#Brexit #euco

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: "Brexit: Fortschrittsbericht ermöglicht Start der zweiten Verhandlungsphase" \(13.12.2017\)](#)

[Brexit - Auswirkungen und Folgen](#)

[Infografik: "Vereinigtes Königreich in der EU"](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU- Körperschaftsteuer: Einbeziehung digitaler Unternehmen, Vermeidung von Hinterziehung

Um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Steuerbemessungsgrundlage in Niedrigsteuergebiete verlagern, werden die Abgeordneten am Donnerstag über eine grundlegende Überarbeitung des Systems der EU- Unternehmensbesteuerung abstimmen.

Die Änderungen sind in zwei sich ergänzenden Rechtsakten niedergelegt: der gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (*Common Corporate Tax Base, CCTB*) und der Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (*Common Consolidated Corporate Tax Base, CCCTB*), die gemeinsam darauf abzielen, eine einheitliche, klare und faire Körperschaftsteuerregelung in Europa zu schaffen.

Die Vorschläge beinhalten Pläne, die sicherstellen sollen, dass die Unternehmen dort Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erzielen. Sie sehen weiterhin die Einführung einheitlicher Steuervorschriften vor, die in der gesamten EU gelten würden, und die Verwendung digitaler Daten zur Berechnung der Steuerschulden.

Debatte: Mittwoch, den 14. März

Abstimmung: Donnerstag, den 15. März

Verfahren: Konsultationsverfahren

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(21.02.2018, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatter Paul Tang \(S&D, NL\)](#)

[Berichterstatter Alain Lamassoure \(EVP, FR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Weitere Informationen](#)

[Steuervermeidung und Steuerhinterziehung: Die wichtigsten Steuerbegriffe einfach erklärt](#)

Slowakei: Sicherheit von Journalisten und Verwendung von EU-Geldern

Nach der Ermordung des Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová stehen am Dienstag die Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalisten in der EU im Mittelpunkt einer Plenardebatte.

Die Abgeordneten werden auch Kuciaks Enthüllungen in seinem letzten Artikel, der posthum veröffentlicht wurde, über den angeblichen Missbrauch von EU-Geldern in der Slowakei und mögliche Verbindungen zwischen organisierten kriminellen Gruppen und slowakischen Politikern erörtern. Die Aussprache wird am Mittwoch mit der Verabschiedung einer EntschlieÙung abgeschlossen.

Das Parlament wird außerdem eine Delegation von acht Abgeordneten (aus den Ausschüssen für bürgerliche Freiheiten und Haushaltskontrolle) am Mittwoch, den 7. März für zwei Tage in die Slowakei entsenden, um die Situation vor Ort zu untersuchen.

Das Parlament hat Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová auf der Plenartagung vom 28. Februar mit einer Schweigeminute gedacht. Präsident Antonio Tajani verurteilte die Morde aufs Schärfste, betonte, dass die Pressefreiheit sichergestellt sein müsse, und forderte die slowakischen Behörden auf, "die Wahrheit aufzudecken".

Debatte: Mittwoch, den 14. März

Abstimmung: Plenarsitzung im April

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#AllForJan

Weitere Informationen

[Schweigeminute zum Gedenken an den ermordeten Journalisten Ján Kuciak \(28.02.2018\)](#)

[Video: Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani zum Mord an dem slowakischen Journalisten Ján Kuciak \(28.02.2018\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit portugiesischem Premier Costa über die Zukunft Europas

Der portugiesische Premierminister António Costa ist der dritte EU-Regierungschef, der am Mittwochmorgen mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.

[António Costa](#) war sozialdemokratischer Europaabgeordneter und Vizepräsident des Europäischen Parlaments von Juli 2004 bis März 2005, als er sein Mandat aufgab, um in Portugal das Amt des Staatsministers mit Zuständigkeit für das Ressort für innere Aufgaben anzutreten. Neben anderen politischen Funktionen war Costa acht Jahre lang Bürgermeister von Lissabon. Am 26. November 2015 wurde er Premierminister.

Nach dem irischen Premierminister [Leo Varadkar](#) am 17. Januar und dem kroatischen Premierminister [Andrej Plenković](#) am 6. Februar wird dies die dritte Aussprache in einer Reihe von Debatten zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments über die Zukunft der Europäischen Union sein.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und der portugiesische Premierminister António Costa werden nach der Debatte im Plenum um 12.00 Uhr eine gemeinsame Pressekonferenz geben.

Am 17. April wird der französische Präsident Emmanuel Macron mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

Debatte: Mittwoch, den 14. März

Pressekonferenz: Mittwoch, den 14. März, um ca. 12:00 Uhr, im Daphné-Caruana-Galizia-Presseraum in Straßburg, LOW N-1/201

#FutureofEurope @antoniocostapm

Weitere Informationen

[Lebenslauf des portugiesischen Premiers António Costa](#)

[Die Zukunft der Europäischen Union](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

US-Handelsbeschränkungen und Schutz von Arbeitsplätzen und Unternehmen in der EU

Die zusätzlichen US-Zölle auf importierten Stahl und Aluminium sowie die Antwort der EU stehen am Mittwoch im Zentrum einer Plenardebatte mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström.

Die Abgeordneten werden die Pläne von US-Präsident Donald Trump zur Einführung neuer Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte und die von der EU geplanten [Gegenmaßnahmen](#) sowie die möglichen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Investitionen und Preise in der EU und die zum Schutz der EU-Bürger erforderlichen Maßnahmen erörtern.

Der Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments [verurteilte die Entscheidung der USA](#) ohne zu Zögern und unterstützte die EU-Kommission nachdrücklich darin, eine entschlossene und sofortige Antwort zu geben, die mit dem internationalen Handelsrecht im Einklang steht.

Debatte: Mittwoch, den 14. März

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Ausschuss für internationalen Handel](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Beförderung von Martin Selmayr zum Generalsekretär der EU-Kommission

Nach der Ernennung des deutschen EU-Beamten Martin Selmayr zum Generalsekretär der Europäischen Kommission werden die Abgeordneten am Montagnachmittag die Integritätspolitik der Behörde erörtern.

Die Beförderung Selmayrs wurde von einigen Abgeordneten kritisiert, die sich Antworten auf Fragen zur Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht in Bezug auf diesen Vorgang wünschen.

Zuvor war Selmayr Kabinettschef von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Er wurde am 1. März zum Generalsekretär der Kommission ernannt und löste den niederländischen Beamten Alexander Italianer als Leiter der 32.000 Kommissionsmitarbeiter ab.

Debatte: Montag, den 12. März

Verfahren: Erklärung der Kommission

hashtags #

Weitere Informationen

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Ärmste Regionen der EU: "Ehrgeizige" Finanzierung, maßgeschneiderte Strategien

Projekte, die den Zusammenhalt zwischen den EU-Regionen stärken, müssen eine Priorität bleiben und angemessen finanziert werden, trotz des Drucks auf den EU-Haushalt. So steht es im Entwurf einer EntschlieÙung, die am Donnerstag zur Abstimmung steht.

Die Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung betonen, dass Kürzungen bei den Investitionen der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten den Regionen mit niedrigem Einkommen und niedrigem Wachstum schaden, denn sie leiden bereits unter den negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Neben der vorrangigen Finanzierung durch die EU brauchen diese Regionen maßgeschneiderte Strategien, um Investitionslücken zu schließen und ihren Bevölkerungen dynamische Perspektiven zu bieten.

Über den EntschlieÙungsentwurf wird am Donnerstag im Plenum abgestimmt.

Hintergrundinformationen

Die EU-Kommission hat im April 2017 einen [Bericht](#) zum Thema "Wettbewerbsfähigkeit in Regionen mit niedrigem Einkommen und niedrigem Wachstum" vorgelegt. Im Mittelpunkt standen 47 Regionen in acht Mitgliedstaaten, die strukturschwach sind: "Regionen mit niedrigem Wachstum" mit einem BIP nahe dem EU-Durchschnitt, aber niedrigen Wachstumsraten (in Italien, Spanien, Griechenland und Portugal) und "Regionen mit niedrigem Einkommen" mit niedrigem BIP, aber ermutigenden Wachstumstrends (in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen).

Etwa jeder sechste EU-Bürger lebt in einer strukturschwachen Region (83 Millionen Einwohner), von denen 32 Millionen in Regionen mit niedrigem Einkommen und 51 Millionen in Regionen mit niedrigem Wachstum leben.

Debatte: Donnerstag, den 15. März

Abstimmung: Donnerstag, den 15. März

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#CohesionPolicy

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatte Michela Giuffrida \(S&D, IT\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Measuring social progress in EU regions" \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Syrien: Assads Regime soll Massaker in Ghuta einstellen, fordern Abgeordnete

Das Assad-Regime und seine Verbündeten müssen aufhören, Zivilisten in Ghuta zu beschießen, die UN-Waffenstillstandsresolution einhalten und humanitäre Hilfe zulassen. Dies fordern die Abgeordneten in einer EntschlieÙung, über die am Donnerstag abgestimmt wird.

Am 28. Februar [debattierten](#) die Abgeordneten über die humanitäre Lage in Syrien. Sie verurteilten den Beschuss von Ost-Ghuta, einer Enklave, bewohnt von fast 400.000 Zivilisten in der Nähe von Damaskus, wodurch vor kurzem mehr als 550 Menschen, darunter 120 Kinder, Frauen, ältere Menschen und schutzbedürftige Personen, getötet wurden.

Die Abgeordneten forderten das syrische Regime und seine Verbündeten nachdrücklich auf, die Kämpfe einzustellen, den humanitären Waffenstillstand von mindestens 30 Tagen einzuhalten und die Evakuierung der Verwundeten und Schwächsten, [wie vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 24. Februar gefordert](#), zu ermöglichen.

Debatte: Mittwoch, den 28. Februar und Dienstag, den 13. März

Abstimmung: Donnerstag, den 15. März

Verfahren: Aussprache über ein aktuelles Thema

hashtags #Syria #Ghouta

Weitere Informationen

[Video der Debatte \(unter folgendem Datum 28.02.2018\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Transparenz der Preise bei grenzüberschreitender Paketzustellung

Verbraucher und Unternehmen sollen die Preise für die Zustellung eines Pakets in ein anderes EU-Land oder aus einem anderen EU-Land vergleichen können. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, der am Dienstag zur Abstimmung steht.

Nach den Vorschriften müssen grenzüberschreitende Paketdienste ihre Preise den nationalen Behörden und der EU-Kommission melden, die diese dann auf einer eigenen Website veröffentlichen würde, um Verbrauchern und Unternehmen einen einfachen Vergleich zu ermöglichen und so unangemessene Unterschiede zu verringern.

Die Kommission schlug die neuen Regeln als Teil des „[Pakets zum elektronischen Geschäftsverkehr](#)“ vor, um den Handel mit Waren und Dienstleistungen in der gesamten EU zu fördern. Der Text wurde vorläufig von den Verhandlungsteams des Parlaments und des Rates gebilligt.

Eine [öffentliche Konsultation](#) der Kommission im Jahr 2015 ergab, dass mehr als zwei Drittel der Verbraucher auf einen Online-Einkauf verzichtet hatten, weil sie die Kosten für grenzüberschreitende Lieferungen als zu hoch empfanden. Unternehmen, die auf eine Eurobarometer-[Umfrage](#) im gleichen Jahr antworteten, stimmten zu.

Debatte: Montag, den 12. März

Abstimmung: Dienstag, den 13. März

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Vereinbarung zwischen Parlament und Rat \(14.12.2017, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin: Lucy Anderson \(S&D, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Cross-border parcel delivery services" \(Dezember 2017, auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU-Unterstützung: 2,1 Mio. Euro für entlassene Reifenarbeiter in Deutschland

Das Parlament stimmt am Mittwoch über Maßnahmen im Wert von 2.165.231 Euro aus dem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ab, um 646 ehemaligen Mitarbeitern des Reifenherstellers Goodyear in Deutschland bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu helfen.

Nach der vollständigen Schließung der Goodyear-Produktionsstätte im baden-württembergischen Philippsburg infolge der Globalisierung sollten Hunderte entlassener Reifenarbeiter Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungsleistungen für Unternehmensgründungen und andere Unterstützungsleistungen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt in Anspruch nehmen können, wenn das Plenum dem Antrag zustimmt.

Die überwiegende Mehrheit der entlassenen Arbeitnehmer sind Männer im Alter zwischen 30 und 54 Jahren, während 26% zwischen 55 und 64 Jahre alt sind. Etwa 300 der entlassenen Arbeitnehmer sind unqualifiziert und haben einen Migrationshintergrund (einige sind EU-Bürger, andere Drittstaatsangehörige). „Daher sind aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, die aus dem EGF kofinanziert werden, umso wichtiger, um die Chancen dieser Gruppen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu verbessern“, heißt es im [Berichtsentwurf](#).

Das Goodyear-Werk war bis zu seiner Schließung der größte Arbeitgeber in der Region.

Die nächsten Schritte

Um in Kraft treten zu können, müssen die Beihilfen aus dem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung am 14. März während der Plenartagung und von den Mitgliedstaaten am 12. März gebilligt werden.

Hintergrundinformationen

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) hilft Arbeitnehmern, wenn sie infolge von Veränderungen des Welthandelsgefüges (z. B. Schließung eines großen Unternehmens oder Verlagerung einer Produktionsstätte außerhalb der EU) ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Der EGF verfügt im Zeitraum 2014–2020 über ein maximales Jahresbudget von 150 Millionen Euro. Aus diesem Fonds können bis zu 60% der Kosten von Projekten bestritten werden, die entlassenen Arbeitnehmern helfen können, einen neuen Job zu finden oder ihr eigenes Unternehmen zu gründen.

Der EGF hilft durch die Finanzierung von Maßnahmen wie Unterstützung bei der Arbeitssuche, Berufsberatung, bedarfsgerechte Ausbildung und Umschulung, Betreuung und Coaching sowie Förderung von Unternehmertum und Unternehmensgründungen.

Abstimmung: Mittwoch, den 14. März

Verfahren: Haushaltsverfahren

hashtags #EUBudget #EGF

Weitere Informationen

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(08.03.2017\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatteerin Ingeborg Gräßle \(EVP, DE\)](#)

[EGF-Webseite](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Ernennung eines Vizepräsidenten der EZB (Abstimmung über Luis De Guindos), *Abstimmung Mittwoch*
- Standpunkt der EU für die erste Tagung des Gemeinsamen Rates EU-Kuba, *Debatte Dienstag*
- Makrofinanzhilfe für Georgien, *Abstimmung Mittwoch*
- Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (Entschließung) - Bericht: João Ferreira, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Gleichstellung der Geschlechter in der Medienbranche in der EU - Bericht: Michaela Šojdrová, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Umsetzung des Übereinkommens von Istanbul in bestimmten Mitgliedstaaten, *Debatte Montag*
- Verlegung der Europäischen Arzneimittel-Agentur, *Debatte und Abstimmung Mittwoch*
- Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, *Debatte Mittwoch*
- Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 – Einzelplan III - Bericht: Daniele Viotti, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein - Bericht: Peter Lundgren, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Personelle Zusammensetzung des Sonderausschusses für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, *Abstimmung Donnerstag*
- Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 - Berichte: Hugues Bayet, Krzysztof Hetman, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen - Bericht: Thomas Mann, Svetoslav Hristov Malinov, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*